

Anzeigenpreise: Die 4 gespaltenen Millimeterzeile oder deren Raum 175.— Mark. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangehörigen, Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 70.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Mark. — Retikelpreis: Die Millimeterzeile 4 gespalten oder deren Raum im Text 500.— Mark.

# Schlesische

Bezugspreis: durch austräger Einzelnummer 250 M. 1200.— M. pro Woche. Durch die Post Monat und Quartaal des Differenzbetrages für Monat Juli. — Redaktion und Expedition Trebnitzer Straße 50 Postfach Nr. 810 50. — Fernspr.: Breslau, Ring 8897

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 129.

Mittwoch, den 6. Juni 1923.

5. Jahrgang.

## Der Wucher würgt die Massen!

Die deutsche Bourgeoisie steht unmittelbar vor dem wirtschaftlichen Bankrott, so wie sie 1918 vor dem militärischen und politischen stand. Zurückbare Zahlen sind die äußeren Anzeichen für das Chaos, dem keiner von den politischen Hampelmännern gewachsen ist, mag er nun Suno heßen oder Stresemann, mag er an der Spitze einer rein schwerindustriellen Regierung oder der von der Sozialdemokratie als Rettung aus aller Not herbeigeführten großen Koalition stehen.

Die Gewinne der Kapitalisten aus dem Hunger der Arbeiter, an der Börse, auf dem Markt haben eine schwindende Höhe erreicht. Das Glend, die sichere Auszehrung der breiten Massen der deutschen Bevölkerung machen täglich größere Fortschritte.

### Profitwahnsinn an der Börse

Der Dollar ist auf 80 000 gestiegen! Mehr noch aber als der Dollar stiegen die Aktien der deutschen, natürlich vor allen der stiniersten westdeutschen und oberschlesischen Schwerindustrie. Ein bürgerliches Blatt, das „Berliner Tageblatt“, stellt fest, daß am 30. Mai die Differenz zwischen dem Dollarindex und dem Aktienindex 64 Prozent betrug, d. h. daß die deutschen Industriebörsen selbst am Dollar (oder, was das gleiche bedeutet, am Goldwert) gemessen, trotz ungeheurer Kapitalverwässerungen weit über dem Nennwert stehen.

Die Situation an der deutschen Börse wird charakterisiert durch folgenden Bericht der „Frankfurter Zeitung“ vom 3. Juni:

„Kulisse (berufsmäßige Spekulation) und Publikum sehten sich über alle innerpolitischen und wirtschaftlichen Sorgen und Hemmungen hinweg und betrieben eine alles bisher gekannte Maß übersteigende Hauspekulation in „Anpassung an den Goldwert“ und — aus Marktschüchtern. Das Börsenbild war in seiner ausschweifenden Katastrophenhaufe von einer tragischen Tristofügigkeit, die den wahren Stand unserer völlig zerrütteten Währungsfrage wieder spiegelt. Naturgemäß waren alle Auslandswerte erneut umkämpft.“

In der Tat, die Straßenspektakel, mit der die deutsche Bourgeoisie in den letzten Tagen auf Kosten der Marx spekuliert und — Gewinne machte, stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Es stiegen: Harpener Aktien um 275 000 auf 950 000, Bochumer Aktien um 172 000 auf 680 000.

Gingen vor einigen Tagen die Gewinne noch pro 1000-Mark-Aktie in die Hunderttausende, so kann man heute nur noch von Millionenengewinnen an jeder einzelnen Aktie sprechen.

### Täglich neue Wucherpreise!

Dem Dollarstand von 80 000 folgend, und ihn in Nachahmung der Börsenhähen noch weit überbietend, wurden die Preise vervielfacht. Nach dem Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung“, der, wie alle anderen Berechnungen der bürgerlichen Blätter nach den Gesichtspunkten der kapitalistischen Wucherer aufgestellt ist, haben sich die Preise im Großhandel vom Januar bis Juni 1923 folgendermaßen verändert:

	Gesamt-Index	Lebensmittel	Textilien	Eisen	Kohle
Januar 23.	2064	1758	3206	2622	2622
April	6425	5350	8590	7822	7822
Mai	8237	7003	14066	10186	10186
Juni	14639	12575	27640	17577	17577

Das bedeutet gegenüber dem Januar eine durchschnittliche Verdreifachung, gegenüber dem Anfang Mai eine Verdoppelung der Preise im Großhandel. Es ist dabei allgemein bekannt, daß die meisten Waren bei einem Dollarstand von 20 000 bis 30 000 eingetauscht sind (der Dollar stand durchschnittlich im Januar und Februar noch einer vorübergehenden Steigerung auf 20 000) und daß also die Verdreifachung

der Warenpreise nicht einmal den üblichen Vorwand von der Angleichung an den Dollar zur Entschuldigung anführen kann, da dieser „nur“ auf das Vierfache gestiegen ist.

### Am Weltmarkt Verbilligung

Ein Vergleich der deutschen Preissteigerungen mit dem amerikanischen Großhandelsindex zeigt, daß auf dem Weltmarkt, besonders in Amerika, die Preise zur gleichen Zeit zurückgingen, als der deutsche Wucher weit über den Dollarkurs hinauswuchs. Nach diesem Index ist ein Rückgang aller Preise zu verzeichnen, der, wenn man die Preise von 1914 mit 100 Prozent annimmt, sich folgendermaßen darstellt:

Datum	Preisniveau in Prozent
Mitte 1914	100
5. 4. 23.	158
5. 5. 23.	150
1. 6. 23.	142

Besonders stark war der Preisrückgang auf dem Weltmarkt in Eisen und Getreide, also gerade bei den Waren, die in Deutschland am unerhörtesten gestiegen sind.

### Der Wucher im Kleinhandel

Wenn der Kleinhandel, auch noch nicht ganz das Niveau des Großhandels erreicht hat, so ist doch gegen Januar und eine Verbilligung der Preise eingetreten. Auf dem Lebensmittelmarkt beträgt die Steigerung gegen den 31. Januar etwa 350 Prozent, gegen den 18. April etwa 100 Prozent. Der Lohn des Arbeiters ist in derselben Zeit um 100 bzw. 40 Prozent gestiegen!

Ware pro Pfd.	31. 1. 23.	2. 6. 23.	Steigerung in Prozent
Rindfleisch	2500	12000	380
Margarine	2900	8400	190
Kartoffeln	23	85	270
Bohnen	550	2600	373
Käsefäden	500	1800	260

Die Verteuerung der Lebensmittel steht zu dem Steigen der Löhne im Verhältnis wie etwa 1:3 oder 4.

### Wucherpreise und Hungerlöhne

Das Mißverhältnis zwischen den augenblicklichen Löhnen und den Preisen ist leicht nachzuweisen.

Ein Arbeiter verdiente in Deutschland 1913/14 durchschnittlich 30 Mark in der Woche. Jetzt beträgt sein Lohn das 333fache gleich 100 000 Mark. Nach Abzug von Steuern, Krankentafel usw. verbleiben davon 91 000 Mark. Dafür konnte der Arbeiter sich kaufen:

Ware	1914	1923
Butter	25 Pfd.	6 1/2 Pfd.
oder Rindfleisch	30 "	6 1/2 "
oder Hülsenfrüchte	125 "	31 "
oder Margarine	60 "	10 1/2 "

Es ergibt sich also, daß der Reallohn des deutschen Kuli auf etwa ein Viertel seines Vorkriegswertes gesunken ist.

Wie groß die Unterschiede zwischen Preissteigerung und Lohnerhöhung geworden sind, dafür einige Beispiele aus dem Reiche der größten Wucherer, der Schwerindustrie und der Agrarier:

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bezogen die Preise für Stabeisen und die Löhne für Metallarbeiter:

	1914 M.	heute M.	Multiplikator
Stabeisen pro t.	98.—	2034 000	20 000
Lohn pro Stb.	0,70	3 400	4 860

In dem gleichen Verhältnis wie die Preise für Stabeisen sind natürlich auch alle anderen Erzeugnisse der Schwerindustrie hochgetrieben worden.

Auch die Agrarier verstehen das Geschäft. Ein Vergleich der Preise für marktreifes Weizen mit den Durchschnittslöhnen der Arbeiter ergibt in Mark:

	1914 M.	heute M.	Multiplikator
Preis für 1 Pfd. Weizen	0,12	1500	12 500
Löhne pro Stb.	0,60	2400	4 000

Es mag hier daran erinnert werden, daß die Herren Agrarier für ihre Inlandszeugnisse weder nennenswerte Steuern noch Zölle, noch auch Waputpreise für Rohstoffe zu zahlen haben, und daß sie trotzdem mit ihren Preisen den Dollar weit hinter sich lassen.

### Was soll geschehen?

Angesichts dieser Zahlen nimmt es nicht Wunder, daß in allen Gegenden Deutschlands erbitterte Lohnkämpfe, daß spontane Forderungenbewegungen ausbrechen.

Was tut die Regierung? Sie verfolgt die Angehörigen der proletarischen Kontrollausschüsse und stellt sie unter Anklage, weil sie praktisch versuchen, die Händler zu einer Anpassung der Preise an den leeren Geldbeutel des Proleten zu zwingen. Sie führt Polizei- und faschistische Banden gegen die hungernden und streikenden Proletarier. Sie redet — über Einschränkung des Börsenverkehrs über Devisenverordnung, über Anpassung der Löhne an die Verteuerung, über Versorgung der Bevölkerung mit Billigen — Lebensmitteln, und während all dem dem Wucher und dem Hunger weiter den Weg.

Was tut die Sozialdemokratie? Sie Rolle der Gewerkschaften in der Streikbewegung der westfälischen Berg- und Metallarbeiter sagt

es uns. Die Sabotage der spontanen Lohnkämpfe in Schlesien und Köln und in anderen Orten durch die Gewerkschaftsbürokratie zeigt, daß die Arbeiterschaft von ihr nichts zu erwarten hat. Demgegenüber befagt die Forderung des „Vorwärts“ und der übrigen SPD-Presse nach „beschleunigter Anpassung der Löhne und Gehälter an die Verteuerung“ nicht. Der Kampf gegen die Verteuerung muß auf breiter Basis mit aller Energie fortgeführt werden. Mehr denn je müssen Kontrollausschüsse die Preisbewegung kontrollieren und die Wucherer öffentlich anprangern. Die Proletarier müssen sich zusammenfinden in den Betriebskommissionen, um die Hyänen des Hungers, die Faschisten zu bekämpfen und die Kontrollausschüsse zu beschützen. Anpassung der Löhne an die Verteuerung, das heißt mindestens Verdreifachung der Durchschnittslöhne, durch die immer noch nicht das Vorkriegsniveau der proletarischen Lebenshaltung erreicht wird, muß gefordert werden.

Auf die Dauer hilft auch dies nicht. Der völlige Bankrott der deutschen Bourgeoisie fordert gebieterisch, bei Strafe der Vernichtung des deutschen Proletariats, den Kampf um die Reichsarbeiterregierung.

Darum geht heute der Kampf!

## 30 000 oberschlesische Arbeiter im Streik!

### Verrat der Gewerkschaftsbürokraten

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien, über den wir bereits berichtet haben, hat an Ausdehnung gewonnen. Die Belegkassen der Hohenzollern-, Heinitz-, Karften-, Centrum-, Preußen-Grube, Gräfin Johanna-Schacht und die Zinnergruben, Neuhofgrube, Neuvictoria und Jullienhütte sind in den Streik getreten.

Die Ursachen des spontan entstandenen Streiks sind, wie von uns bereits in Nr. 127 mitgeteilt wurde, auf Verkürzung der Deputatslohn und auf die Entziehung des Hausstandsgeldes für die Bedigen zurückzuführen. Ferner verlangen jetzt die Streikenden eine den Verhältnissen entsprechende außerordentliche Beihilfe.

Obwohl es sich um eine spontan entstandene Streikbewegung, an der Arbeiter aller Gewerkschaftsrichtungen einschließlich der national gesinnten Bergarbeiter teilnehmen, handelt, entfaltet die gesamte bürgerliche Presse wiederum eine schamlose Kommunistenhetze. Sie bezeichnet, obwohl die kommunistische Partei mit dem Streik nicht das Geringste zu tun hat, die aus der Not der Massen geborene Bewegung als kommunistische Macho und sucht eine Pogromhetze gegen den Genossen Tadasch, den sie als Hauptbühner bezeichnet, hervorzurufen.

Am schamlosesten benimmt sich der von Arbeitern immer noch viel gelebte „Wanderer“. Er meldet am Montag Verteuerungsrufen aus verschiedenen Städten im Reiche, die erstunken und erlogen sind und täuscht seinen Lesern das Vorgehen von einer verbotenen kommunistischen Verteuerungsdemonstration in Berlin auf. Tatsache ist aber, daß jene Demonstration stattgefunden hat und in vollster Ordnung verlaufen ist. Dies zur Kennzeichnung der oberschlesischen Pressefanatiker, die durch solche Hetzereien ein Pogrom gegen unsere Genossen hervorrufen will.

Auch das BZB verbreitet die Verleumdung, daß der Streik zu politischen Zwecken ausgebeutet wird und daß in der Streikleitung nur „Mitglieder der kommunistischen und unionsistischen Partei“ (letztere existiert gar nicht) sitzen.

Wie zu erwarten war, fallen die Gewerkschaftsbürokraten des BZB, des Christl., so-

wie des Hirsch-Duncker-Verbandes, der polnischen Berufsvereinigung, des polnischen Zentralverbandes, den Streikenden in den Rücken. Anstatt die spontan ausgebrochene Bewegung einseitig zusammenzufassen, blafen sie zum Abbruch des Streiks, bezeichnen denselben als „wild“ und fordern die Arbeiterschaft auf, Streikbruch zu begehen.

Die erwähnten Organisationen berufen für Sonntag, den 10. Juni einen Betriebsräte-Kongress in Gleiwitz ein und haben, ebenso wie bei der vorigen Streikbewegung, die Union von der Teilnahme ausgeschlossen. Auf diesem Kongress soll über die neuen Lohnverhandlungen wegen erhöhter Vorschlagszahlungen berichtet werden.

Oberschlesische Bergarbeiter! Mitglieder des Bergarbeiterverbandes! Duldet nicht, daß der BZB sich mit den christlichen Gewerkschaften und mit den Verbänden der polnischen Nationalisten an einen Tisch setzt und die revolutionäre Union von den Verhandlungen ausschließt! Eure Kameraden von der Union haben mit Euch immer Schulter an Schulter gekämpft. Weil sie aber Euren Feinden, den Gewerkschaftsbürokraten die Wahrheit sagen, sollen sie als Arbeiter zweiter Klasse behandelt und von den Verhandlungen ausgeschlossen werden. Oberschlesische Kampfes! Duldet nicht diesen schamlosen Führerverrat. Erzwingt die Teilnahme der Union an dem allgemeinen Betriebsräte-Kongress, wahr! Solidarität!

Nieder mit den Verrätern! Es lebe die Einheitsfront aller Bergarbeiter im Kampfe gegen das Kapital!

Die Sudowigshafener Buchdrucker sind an die Verleger mit dem Verlangen einer Zulage herangetreten. Die Verleger erklärten, ohne Verhandlung mit den Mannheimer Betrieben nicht verhandeln zu können, sagten jedoch den Arbeitern einen Vorstoß auf die kommende Lohnerhöhung zu. Die Arbeiter lehnten das Angebot ab, so daß die „Pfälzische Rundschau“, der „Generalanzeiger“ und die „Neue Pfälzische Landeszeitung“ nicht erscheinen konnten.



# Die Forderungen der Entente

50 Milliarden Goldmark

London, 6. Juni.

Die Diskussion der Reparationsfrage ist zwischen den alliierten Regierungen wieder aufgenommen worden. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ haben die Verhandlungen zu bestimmten Resultaten geführt. Für die drei wichtigsten Fragen sind folgende Lösungen vorgesehen:

1. Die Endziffer der deutschen Zahlungen, auf die sich die alliierten Regierungen einigen werden, soll in der Höhe von 50 Milliarden Goldmark liegen.
2. Die englische Regierung schließt sich dem Standpunkt an, wonach die deutschen Zahlungen garantiert werden müssen durch eine Beteiligung der Industrie, möglicherweise wird eine von Jahr zu Jahr veränderliche Jahresrate in Erwägung gezogen, deren Höhe jeweils abhängig ist von dem jährlichen Reingewinn der deutschen Industrie.
3. England wird bei den Vereinigten Staaten vorstellig wegen der französischen und italienischen Schulden. Deutschland soll verpflichtet werden, für eine Schuldenregelung dieser Länder aufzukommen.

Diese Nachrichten sind bisher von keiner Seite offiziell bestätigt worden. Fest steht, daß eine weitführende englisch-französisch-belgische Verständigung stattgefunden hat.

Der Londoner Berichterstatter des „Morning Post“ meldet aus Paris, daß von England weitgehende Rücksicht auf das Bedürfnis Frankreichs nach militärischen Sicherheiten genommen werden soll. Auf der bevorstehenden Brüsseler Konferenz der Alliierten Regierungen soll deshalb die Frage der Neutralisierung des Rheinlandes unter alliierter Bewachung und der Kontrolle des Völkerbundes behandelt werden.

## Gipo schießt auf Befehl der „Reichsflagge“

in eine sozialdemokratische Versammlung

Zu den jüngsten Vorgängen in Feucht bei Nürnberg (nicht Fürth, wie irrtümlich gemeldet) erhalten wir von einem Augenzeugen folgende Schilderung:

In dem kleinen Orte Feucht, 8 Stunden von Nürnberg entfernt, fand am 2. Juni eine SPD-Versammlung statt. Der Reichstagsabgeordnete Vogel-Nürnberg-Fürth sprach über „Deutschlands Not“. Die gesamte Arbeiterschaft war unter den drückenden Verhältnissen der Gegenwart und in dem Bewußtsein, daß diese Verhältnisse durch die am Orte besonders provozierend auftretende Gruppe der „Reichsflagge“ gefördert wird, auf den Beinen. Die Zeitung der „Reichsflagge“ — bestehend aus republikanischen Staats- und Gemeindebeamten, ehemaligen Reichsbediensteten — war anwesend, die Mitgliedschaft mobilisiert. Während des Referats kam es bei der Aufzählung der Schandtat der Nationalisten zu wiederholten Wutausbrüchen unter den Versammelten. Fälschlichkeiten wurden jedoch bemerkt, es blieb beim Abweisen einiger Abweichler, obgleich die Reichsflagger gegen Jungarbeiter in der gemeinsamen Weise vorgingen. Das andertalshändige Referat verlief ohne wesentliche Störung. In der Diskussion sprach nun ein Vertreter der Reichsflagge. Ein Genosse der SPD schilderte dann die wirtlichen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, zeigte den Weg im Gegensatz zum Referenten auf, der die Arbeiter aus dem sozialen Elend befreit. Auch einige Arbeiter aus dem Orte zählten in der Diskussion die gemeinen Handlungen der Reichsflagger am Orte auf. Unter diesen Umständen wußte die Regierung unter den Versammelten doch keinem der Herren wurde ein Haar gekrümmt.

In keinem Schwurwort versagte der Referent, die Arbeiter zu beruhigen. Er war nahe am Ende seiner Ausführungen angelangt, als wie der Blitz aus heiterem Himmel die Meldung in die Versammlung gebracht wurde: „Die Nürnberger Gipo ist da!“

Herr Gareis, der Richter über Ruhe und Ordnung in der Republik, Staatskommissar für Nürnberg-Fürth, hatte auf Anruf der Reichsflagge eine Hundertschaft nach Feucht beordert. Ohne sich über die Verhältnisse näher zu orientieren, ohne sich zu überzeugen, ob die Ordnung in irgend einer Weise gestört wurde, kommandierte der Führer der Hundertschaft: „Die Reichsflagge erledigt den Hof“ — drang in den im ersten Stock gelegenen Versammlungssaal ein. „Hände hoch!“ und ein wüthendes Getöse unter die bühne Verammlung war das Ziel eines Augenblicks. Die Arbeiter versuchten zu fliehen, wurden aber noch zurückgehalten und mit Gewehrkugeln bedroht. Einige

# Zum schlesischen Landarbeiterstreik

Aus Langenbielau wird und geschrieben:

Noch schlimmer als die Industrie-Arbeiter von den Industriebetrieben, werden die Landarbeiter von den Krautjüngern ausgebeutet. Kein Wunder, daß den Landarbeitern endlich einmal der Debulbsakten plaute. Der Güterdirektor des Grafen Seydlitz Sandreghy von Ratzen, verlangte von den Landarbeitern, daß sie pro Tag 10 1/2 Stunden arbeiten sollen. Die Arbeiter verweigerten dieses, da laut Tarif 10 Stunden Arbeitszeit festgesetzt sind. Der Güterdirektor von Ratzen zog deshalb jedem Arbeiter für die eine halbe Stunde 300 Mark für Deputat ab. Aus diesem Grunde legten am Sonnabend mittag die ersten drei Güter des Grafen Seydlitz die Arbeit nieder. Es waren dies die Güter Mittel-Langenbielau, Nieder-Langenbielau und Groß-III. Die Kreisversammlung des Deutschen Land-

arbeiter-Verbandes, welche am Sonntag, den 3. Juni in Weisau tagte, beschloß, daß die übrigen Güter des Grafen Seydlitz am Montag früh die Arbeit einzustellen haben, um die streikenden Kollegen in Langenbielau zu unterstützen. Bemerkenswert sei nur, daß im Kreis Reichenbach dem Seydlitz 11 Güter gehören, sowie noch 4 Güter im Kreis Strehlen. Als weiteres Hauptmoment kommt noch in betracht, daß die Landarbeiter seit 15. Februar noch keine Neuregelung des Kreisstaris bekommen hatten, obwohl Zeit gerade genug vorhanden war. Die Mitgliederversammlung mußte einsehen, daß hier nur noch als letztes Mittel die Waffe des Streiks übrig blieb und so beschloßen sie, ab Montag, den 4. Juni den Streik auf sämtliche Güter des Kreises auszudehnen und solange zu verharren, bis die Forderungen von den Arbeitgebern bewilligt seien.

Die Forderungen der Landarbeiter sind: 1. sofortige Auszahlung einer Wirtschaftshilfe von 20 bis 50 000 Mark je nach der Kinderzahl. 2. sofortige Nachzahlung für die geleistete Arbeit

und Reichsflagge gemeinsam traktiert — Resultat dieses Vorganges waren ein Toth, mehrere Schwere und Leichtverletzte. — Mit „Hände hoch!“ wurden die Versammlungsbesucher in den Hof getrieben, einzeln auf Waffen untersucht und namentlich festgestellt. Reichsflagge und Gipo arbeiteten zusammen. Wen die Reichsflaggenführer bestimmten, wurde verhaftet. Besonders brutal ging man gegen den Vorsitzenden der SPD vor. Der Galantführer hielt ihn den Redaktor vor die Brust, Gipo führte ihn ab, wobei der Genosse in der namensschönsten Weise verprügelt wurde.

Der Vorgang ist ein praktisches Beispiel der herrschenden Verhältnisse in Bayern. Friedliche Arbeiter in einer sozialdemokratischen Versammlung werden wie die Hunde behandelt. Der Hüter der Staatsicherheit — Herr Gareis — schießt auf Anruf irgend eines Reichsflaggers eine Hundertschaft in eine SPD-Versammlung, gibt dem Führer das Recht, ohne weiteres rücksichtslos Arbeiter niederzuschlagen, weil einigen Galantreutlern das hoch- und laudensverrätherische Verhalten vorgeworfen worden war. Herr Gareis läßt seine Soldaten in einer friedlichen Versammlung ein Mordstück anrichten, in der wenige Augenblicke zuvor die Arbeiter ermahnt worden waren, alles im Interesse der Erhaltung dieser Republik zu tun. Werden die SPD-Arbeiter aus diesem verbrecherischen Vorstoß lernen? Was aber bedeutet die SPD gegen Herrn Gareis und seinen Beauftragten, gegen den Führer der Reichsflagge zu tun? Wird sie die rücksichtslose Bestrafung dieser Schwandigen fordern, oder wird sie mit Auer und Seeburg noch weiter für die Auflösung der proletarischen Abwehrorganisationen eintreten? Oder wird sie mit den Kommunisten nun endlich gemeinsam den proletarischen Selbstschutz in den Betrieben gegen die Galantisten durchzuführen? Wird Vogel noch weiter die Befämpfung der nationalsozialistischen Bewegung mit „geistigen Mitteln“ befürworten, nachdem er die Gewaltanwendung dieser Herren am eigenen Leibe erfahren hat? Wir erwarten, daß dieser verbrecherische Vorgang endlich bei den SPD-Arbeitern das Bewußtsein reifen läßt, daß nur die geschlossene Front aller Arbeiter die Gefahr des Galantis wirksamst bekämpfen kann.

## Gegen den Faschismus

Berlin, 6. Juni

Die Bezirksverbände Berlin-Brandenburg der SPD und KPD fordern in einem Aufruf an die Berliner Arbeiter auf, in allen Fabriken und Betrieben den Selbstschutz zur Verteidigung gegen die faschistischen Banden zu organisieren. Das Verbot des Ministers Seeburg würde für die Berliner Arbeiterschaft kein Grund sein, ihre Verteidigungs-Vorbereitungen aufzugeben.

Die Berliner Arbeiterschaft demonstrierte gestern in einer Massenversammlung gegen die englische Kriegspolitik gegenüber Sowjet-Ruß-

und zwar für Ribbenhaden (1. Hade) pro Rute 50 Mt. und Ribben einzeln pro Rute 100 Mt. 2. Sofortiger Abschluß eines neuen Kreisstaris und 3. 100 Prozent Zulage zum neuen Lohn des Provinzialstaris. Ferner fordern sie die Werkzeugeigentümerschädigung nicht in bar, sondern in Natural. Der Provinzialstaris lautet folgendermaßen:

Der Tarif berechnet den Zentner Roggen zu 64 1/11 Mt., Kartoffeln zu 2000 Mt., demnach hat ein Freiarbeiter 747 Mt., Ackerkultischer 224 Mt., Lohnarbeiter 202 Mt., Deputat Frauen 252 Mt., weibliche Personen über 17 Jahre und Witwen 232 Mt., männliche Personen 14 bis 15 Jahre 139 Mt., 15 bis 16 Jahre 162 Mt., 16 bis 17 Jahre 186 Mt., über 17 Jahre 232 Mt., Hausöhne über 20 Jahr 467 Mt., Ueberstunden mit 50 Prozent die Stunde.

Dieser Tarif läuft seit 28. Mai und zu diesem Tarif werden 100% gefordert. Der Landarbeiterstreik ist anerkannt, wird vom SPD-Staatsrat die Aufstellung der Streikposten geschloßt mit größter Disziplin und die Landarbeiter sind entschlossen, den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

Die Notstandsarbeiten (Viehütterung) sollen solange durchgeführt werden, wie die Unternehmer keine Abzüge vom Deputat vornehmen. Nun Genosse! Seid auf der Hut! Denn die Krautjunker, diese Blutsauger, sind noch nicht fertig mit ihrer Rüstung. Sie werden sich auf schnellstem Wege die berühmte Technische Nothilfe kommen lassen und dann erst werden sie Euch das Deputat verweigern.

Ihr seht, wie sie Euch verhöhnen, die Verhandlungen, die am 6. Juni sein sollten, werden von den Arbeitgebern abgelehnt mit der Bemerkung: Es wird nicht verhandelt!

bleibt stark im Kampf, denn die Seydlitz, Bierig, Neugebauer und Konsorten sind ja dieselben, die auch Euren Arbeitsbrüder, den Industriearbeitern, den Hungerriemen von Tag zu Tag enger spannen.

## Die Arbeitslosenfrage im Reichstag

Notstandsnotwendigkeit der SPD / Mangelndes Interesse für die Arbeitslosen

Die erste Sitzung des Reichstags nach den Ferien sah auf der Tagesordnung charakteristischer Weise ein Spielartensteuergesetz und noch einige andere Kleinigkeiten. Die neue Arbeitslosenversicherungsvorlage bildet den einzigen Gegenstand, der ernsthafter Erörterung wert wäre, sonst nichts, was erinnert an die Misere der Außenpolitik, die Reparation, die brennende Not des Volkes. Die SPD leistete sich den ungeschicklichen Luxus, eine Interpellation über die gegenwärtige Notlage einzurichten mit der bescheidenen Bitte, daß sie morgen verhandelt werden möchte. Auch das wurde von der Regierung zurückgewiesen, nach einer Erklärung des Reichsarbeitsministers wollen die Minister erst Donnerstag antworten. Die SPD gab sich stillschweigend damit zufrieden, nur die kommunistische Fraktion verlangte nachdrücklich, daß die Regierung sofort Rede und Antwort stehe, sowohl über den Lebensmittelmangel, die große Arbeitslosigkeit, die Frage der Arbeitslosenversicherung als auch über die Vorgänge im Ruhrgebiet und die Verleumdungen der kommunistischen Partei, die in diesem Zusammenhang in die Welt getragen wurden. Die kommunistische Fraktion verlangte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über diese Fragen. Der Reichstag lehnte, nachdem sich Fehrenbach (Zentr.) und Müller (SPD) gegen die kommunistische Forderung ausgesprochen hatten, den kommunistischen Antrag ab, wie er später noch abzählte, den Antrag wegen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses auf die Tagesordnung von Mittwoch zu setzen. Einige wenige Vorlagen wurden debattelos den Ausschüssen überwiesen. Es blieb nur übrig die Vorlage eines Arbeitslosen-gesetzes. Aufhäuser gab für die SPD die kurze Erklärung ab, daß sie mit der Idee der Arbeitslosenversicherung einverstanden seien, sich aber gegen die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung wenden würden, im Falle die Arbeitslosigkeit mittelbar durch Streik oder Ausbeutung verursacht. Im übrigen war er für Ausbesserung. Die gleiche Erklärung gab Schwarz (Bayr. WP.) ab. Für die kommunistische Fraktion sprach

Genosse Eichhorn.

Er begnügte sich nicht damit, die Vorlage zu beschreiben, sondern ging eingangs seiner Ausführungen auf die wachsende Arbeitslosigkeit und ihre Ursache, sowie die Ursachen, die infolge der Beschäftigung der Arbeitslosen in Dresden, Mühlheim a. d. Ruhr, Darmstadt usw. entstanden sind, ein, wobei er den Schluß zog, daß diese Ursachen das Werk der Nationalisten seien. Derselbe schamlose Verleumdung wird angewendet in Bezug auf die Vorgänge im Ruhrgebiet. Es offenbart sich darin nur das böse Gemühen der herrschenden Klasse. Zur Vorlage stellte Genosse Eichhorn fest, daß diese gegenüber dem bestehenden Zustand einen unannehmerlichen Rückschritt bedeute. Unter der Not des Kriegszusammenbruchs und der Seuchenmaßnahmen mit ihrem Heere von Arbeitslosen wurde die öffentliche Fürsorge für die Arbeitslosen eingeführt. Jetzt sollen die Latten auf die Arbeiter abgewälzt werden und das in einer Zeit, wo der Reallohn auf 25% und darunter gesunken ist, wo die Tendenz der Lohnpolitik, alle Latten des Staates den Arbeitern anzuhängen, die äppigsten Triumphe feiert. Ueber 90% der Einkommen-

Milliarden Mark Besitzversteuer stehen über 4000 Milliarden Verbrauchsausgaben gegenüber, die vorwiegend von den Besitzlosen zu tragen sind. Nun sollen die Arbeiter auch noch das Risiko für die zusammenbrechende kapitalistische Wirtschaft auf sich nehmen. Genosse Eichhorn fordert statt der Arbeitslosenversicherung eine Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten von den Unternehmern im Umlageverfahren aufzubringen sind. Denn die Arbeitslosigkeit ist eine Krankheitserscheinung der kapitalistischen Wirtschaft und wer den Proßt und Gewinn daraus zieht, soll auch die Schäden tragen.

Die Vorlage wird dem Volksrechtssaftlichen Ausschuss überwiesen. Die anderen Parteien hatten kein Interesse daran, si über diese wichtige Frage auszusprechen, wie sie auch während der ganzen Debatte sich größtenteils außerhalb des Saales aufhielten.

## Ein Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die SPD-Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Gemäß Artikel 81 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der die große Streikbewegung im Ruhrgebiet zu untersuchen hat, insbesondere:

- a) ob dieser Massenstreik nur das Werk gewalttätiger Heere war, oder ob diese Bewegung nicht vielmehr durch die Schuld der Unternehmer und der Regierung, durch die mangelnde Anpassung der Löhne an die Teuerung, durch Propaganda rechtsgerichteter Elemente und politische Uebergriffe entstanden ist und so schließlich zu Unruhen geführt hat.
- b) ob die Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß in diese wirtschaftliche Bewegung eine planmäßige kommunistische Hineingetragen worden ist und so die Unruhe noch verschärft wurde.
- c) welche Verbindungen von beherrschenden Organen mit den kommunistischen Besatzungsgruppen zwecks gewalttätiger Niederwerfung der Bewegungen angeknüpft worden sind.

Berlin, den 5. Juni 1923.

## Neue Demonstrationen in Leipzig

Wie die Vossische Zeitung aus Leipzig meldet, fanden gestern wieder Demonstrationen der Arbeitslosen statt. Wiederholt schritt die Volkspartei gegen die Demonstranten ein. Eine Menschenmenge die aus dem Volkshauses einen Gewerkschaftssekretär herausholte, wurde von den Gewerkschaften am Montag nicht den Saal des Volkshauses zur Verfügung gestellt hatte, wurde von der Polizei, die in breiter Front vorging, auseinander getrieben. Wiederholt wurden Automobile in den Straßen angehalten und die Insassen verprügelt.

So unerbittlich die wahnsinnige Not die Erwerbslosen zu Demonstrationen und Verzweiflungszuständen zwingt, so sicher stehen hinter den Vorgängen in Leipzig, Dresden, Bayreuth auch falsche Propagandisten. Die Hebe gegen Sachsen hat einen ganz bestimmten Zweck. Man will den Vorwand schaffen für die Reichsregierung.

## Um die Getreideumlage

Die geringe Ablieferung von Umlagegetreide zwingt die Preussische Regierung vor einigen Monaten, eine Nachumlage anzuordnen. Diese Nachumlage wird aber noch mehr sabotiert als die eigentliche Umlage. Der Landbund setzt alle Instanzen in Bewegung, um die Nachumlage-Verordnung rückgängig zu machen. Ihr Bemühen hat beim Landwirtschaftsausschuss des preussischen Landtags Erfolg gehabt. Dieser Ausschuss machte sich die Argumente des Landbundes zu eigen und erklärte die Verordnung als ungesetzlich.

Der Landtagsausschuss hält es also für gesetzlich, daß ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz sabotiert wird, im Interesse des Profits der Großgrundbesitzer, er hält es für ungesetzlich, wenn Maßnahmen getroffen werden, die der Sabotage, die nach Angabe des Staatssekretärs Stamm im großagrarischen Pommeran am stärksten ist, entgegenwirken sollen. Die arbeitende Bevölkerung, die den Hunger nicht aus dem Landtagsrestaurant kennt, muß auch in dieser Frage ihr eigenes Urteil fällen und zugleich Vollstrecker des Urteils sein, das lautet: Reiflose Beschlagnahme des in großen Mengen zurückgehaltenen Getreides auf den großen Gütern.

## Verfündung der Postgebühren

Der Verkehrsminister im Reichspostministerium hielt heute vormittag eine Sitzung ab, in der er sich mit einer Vorlage für die am 1. Juli d. J. beschlossene Gebührenerhöhung beschäftigte. Nach dieser Vorlage soll eine Erhöhung der Gebühren für Postkarten und Briefsendungen auf das Fünffache des jetzigen Betrages, für Paketsendungen auf das Zweifache, für Telegramme auf das Dreifache und für die Fernspreckgebühren auf das Siebenfache der jetzigen Gebühren festgesetzt werden.

## Verbot der „Mündener Post“

Wie die Morgenblätter aus München melden, ist laut Verfügung der Polizeidirektion München das Erscheinen der sozialdemokratischen „Mündener Post“ vom 6. bis einschließlich 10. Juni wegen eines Artikels „Aus dem Gumpf der Nationalaktivisten“ verboten worden.

## Vom Tage

Der lebensnotwendige Selt

Das „Mücher“-Gericht des Landgerichts III in Berlin hatte die Frage zu prüfen, ob Selt zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehöre und infolgedessen ein übermäßiger Preis als Preisminderer aufzufassen sei. Eine Frage, die an sich den Proleten herzlich wenig interessiert.

Das Gericht entschied, daß Selt zu den täglichen Bedarfsgegenständen gehöre. Man müssen wir es! Glauben die Müchergesichte, durch eine solche Praxis sich vielleicht das Vertrauen der armen



# Aus Breslau

## Breslauer Arbeiter, merkt auf!

Ueber den Fasziensaufmarsch am Sonntag berichtet die „Volkswacht“:

Am Montag — nichts.  
Am Dienstag — — —  
Warum?  
Nun, am Montag mußte sie über die Verhaftung eines kommunistischen Arbeiters ihre hässliche Freude äußern!  
Und am Dienstag?  
Da brachten sie den Platz für „Die Sache mit Kola“ (Schwanz für die Bourgeois).

### Sozialdemokratische Arbeiter!

So führt Quer Blatt den Kampf gegen die Reaktion!  
Die Kommunistenhege und „Die Sache mit Kola“ ist ihr wichtiger als der Kampf gegen die Fasziisten!

### Drohungen der Fasziisten

Wom einem auf der Reise befindlichen Hitlerianer erhalten wir eine Postkarte folgenden Inhalts:

Auf einer Reise durch Brandenburg und Schleien begriffen, finden wir in Waldburg Anschläge Ihres räudigen Hehlblattes. Wir warnen Sie wohlmeinend, den Volksverrat herauszubehalten, und glauben, Ihnen versprechen zu können, daß wir von Berlin aus (auch Tausende von Hitlerianern sind hierzu bereit) Ihre Pläne der Schandhaftigkeit und des Landesverrates mit allen Mitteln verhindern werden.

On des Vaterlandes größtem Feind lehtmalig an Ihre Einsicht appellierend, sind wir zwar nicht unbedingt auf Seiten der Regierung stehend, so doch von heißer Vaterlandsliebe besetzt und entschlossen, selbst unser Leben für Volk und Land zu opfern. Denken Sie daran, daß Ihr schandwürdiges Treiben Tausende kostbarer Menschenleben gefährdet und daß es eine Rache gibt.

MIT GOTT FÜR VOLK UND REICH!

Einige von Tausenden.

Waldburg-Ostlich-Berlin.

1. Juni 1923.

Die Karte ist fein säuberlich und symmetrisch mit der Schreibmaschine geschrieben. Aus der ganzen Aufmachung der Karte geht hervor, daß der Verfasser mit Büroarbeit vertraut und wahrscheinlich in einem Orgeschbüro tätig ist. Solche Drohungen, die wir hundertfach erhalten, beweisen, daß die Hitlerianer den wachsenden Einfluß unserer Partei in Schleien wahrnehmen und gegen die Arbeiterhaft dieselben Methoden anwenden wollen wie in Bayern. Sie wollen uns mit Drohungen und Gewalttätigkeiten einschüchtern.

Nun, die Herrschaften sollen nur kommen. Wir wissen, daß wir von dem republikanischen Volkspresidenten keinen Schutz zu erwarten haben und werden die Bande, wenn sie kommt, so empfangen, daß sie das Wiederkommen vergißt. Der Arbeiterschaft zeigt die Karte erneut, daß die Fasziisten sich dank der Unterstützung durch Sebering bereits als die Herren der Lage fühlen.

### Der Brotwucher wächst

Die Arbeitsgemeinschaft der Brotherstellenden Betriebe hat die Preise für markentreue Backwaren mit Wirkung vom Mittwoch, den 6. Juni 1923 ab, wie folgt festgesetzt: 1 Pfd. markentreues helles Brot 1600 Mark, das Bierbrot 8400 Mark, 1 Pfd. markentreues dunkles Brot 1350 Mark, das Bierbrot 5400 Mark, 1 markentreue helle Semmel (75 Gramm Nettogewicht) 300 Mark, 1 markentreue dunkle Semmel (100 Gramm Nettogewicht) 300 Mark.

### Eine 6-Zimmerwohnung für eine Familie von 6 Köpfen

#### Was sagt der Wohnungsamtkommissar?

Der Diplom-Ingenieur Michael Fisch hat seit dem Jahre 1913 im Hause Schwerstr. 44 eine aus vier Zimmern, Küche und Badzimmern bestehende Wohnung. Diese Räume werden von einer Familie, die aus zwei Personen und einer Hausangestellten besteht, bewohnt. Diese Räume sind bisher vom Wohnungsamtkommissar nicht beansprucht worden, obwohl Herr Fisch mindestens ein bis zwei Räume hätte abgeben können, hielten doch Verleiherfamilien, die aus sechs bis sieben Köpfen bestehen, zu Tausenden noch in einem kleinen Zimmer mit anschließender Küche. Herr Fisch gemigte aber diese Wohnung nicht. Er hat in den letzten Jahren gut verdient und will sich eine Sechszimmerwohnung leisten. Da Herr F. natürlich nicht angeben kann, daß ihm seine Wohnung zu klein ist, behauptet er, seine alte Wohnung sei nicht gesund genug. Er benötige für seine kranke Frau eine gesunde Wohnung im Siergartenviertel. Nunmehr will Herr Fisch durch Kreuztausch im Hause Hübnerstr. 13-14 eine Sechszimmerwohnung beziehen. Das Skandalöse an der Sache ist, daß der Wohnungsamtkommissar diesen Tausch genehmigt hat.

Hier sehen die wohnungslosen Proletarier, die in elenden Kellern, Dach- und kleinen Wohnungen haufen, wieder einmal an einem Schulbeispiel, was alle Wohnungsbeschaffungs-Beize, Wohnungsämter usw. wert sind. Herr Fisch, ein Milliardär, der in der Lage ist, aus eigenen Mitteln bauen zu können, bekommt durch Kreuztausch (für einige Millionen Abhand) eine Sechszimmerwohnung und die Proletarier haufen auf wie vor in dunklen Höhlen oder Kellern auf der Straße.

# Zersplitterung bei den städtisch. Straßenbahnern

Bei der Städtischen Straßenbahn hat bekanntlich, um Entlassungen von Arbeitern zu vermeiden, eine Arbeitsstreckung stattgefunden. Das ist natürlich blüher für alle davon Betroffenen, reicht doch der Lohn eines Straßenbahnfahrers oder Führers heute kaum zur Beschaffung der notwendigen Lebensmittel aus, und bei geringerer Arbeitszeit verschlechtert sich selbstverständlich diese elende Lebenslage noch mehr. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, der den Gedanken der Solidarität begriffen hat, findet sich freilich mit der Arbeitsstreckung ab. Er arbeitet lieber einige Stunden weniger am Tage, als daß er zur Entlassung seiner Kollegen seine Zustimmung gibt. Leider haben die älteren Angestellten der Straßenbahner und Schaffner den Gedanken der Solidarität immer noch nicht erfaßt. Sie glauben weiterzukommen, wenn sie ihre egoistischen Sonderinteressen vertreten. In einer kürzlich einberufenen Betriebsversammlung kam es zwischen den älteren und den jüngeren Angestellten zu unerfreulichen tumultuarischen Auseinandersetzungen. Es ist der Verwaltung gelungen, durch die Arbeitsstreckung einen Zankapfel zwischen das Personal hineinzutragen. Die Angestellten haben sich, anstatt gemeinsam dafür einzutreten, daß trotz der Arbeitsstreckung der volle Lohn gezahlt wird, sich entzweiten lassen. Die älteren Leute forderten, daß ein Teil der jüngeren Leute bloß als Stundenlöhner beschäftigt werden soll, damit die Arbeit nicht mehr gestreckt wird und sie ihren vollen Lohn erhalten. Sie stützen sich hierbei auf ihre Verträge und ihr festes Anstellungsverhältnis, das ihnen eine monatliche Gehaltszahlung sichert.

Wenn die älteren Angestellten diese Forderung durchsetzen würden, so hätte dies die Entlassung der jüngeren Angestellten zur Folge. Man würde sie glattweg auf's Pflaster setzen und ihnen zum Trost versprechen, sie dann und wann stundenweise zu beschäftigen. Am

Wir fordern, daß der Regierungspräsident als die dem Wohnungskommissar vorgesetzte Behörde die Angelegenheit sofort untersucht und diesen skandalösen Tausch verhindert. In der Siergartenstraße gibt es genug Arbeiter, die in elenden Wohnungen zusammengepfercht sind. Wir verlangen, daß der Wohnungskommissar angewiesen wird, die Sechszimmerwohnung am Hübnerstr. 13-14 sofort zu beschlagnahmen, und sie, falls sich kein geeigneter wohnungsloser Mieter findet, zu zwei- oder dreizimmerwohnungen umgebaut wird. Die Arbeiter am Hübnerstr. werden gut tun, ein wachsameres Auge darauf zu haben, daß die Wohnung nicht verhöben wird.

### Der Sprechchor

tritt heute Mittwoch abends 7 Uhr im Jugendheim Drost, Fürstenstraße, Schule, zusammen.

# Aus der Provinz

## Eine Folge des Sebering-Erlasses

Mordtat eines Selbsthuhmannes  
Wir haben sofort nach dem Bekanntwerden des Sebering-Erlasses betont, daß die Aufhebung der proletarischen Hundertschaften in Ober- und Niederschlesien Widerrechtlichkeit für das Hatentrechtsgesetz bedeutet.  
Seit dem Sebering-Erlaß steigt die Mordlust der Fasziisten von Woche zu Woche. Unsere Leser werden sich daran erinnern, daß vor 14 Tagen mehrere unserer Genossen von den 14 bewaffneten Orgeschleuten überfallen und brutal mit Gummistöcken niedergeschlagen wurden. Nur der Hilfe schnell hinzueilender Personen verdankten sie es, daß sie von den fasziistischen Bestien nicht zu Tode gequält wurden.

Am Sonnabend erfolgte die Mordtat der Hatentrechtler ein neues Todesopfer. Das „Volkswacht“ in Hindenburg berichtet darüber: In der Sonnabendnacht wurde der Grubenfördermann Karl Wastko aus Hindenburg auf der Heintzstraße erschossen. Der Täter, der „Oberwächter“ Anton Zendrellk aus Hindenburg, wurde kurz nach der Tat durch den Polizeiuwachtmeister Gylla festgenommen und dem Gerichtsgewahrsam zugewiesen. Der Mordtat vorhergegangen ist ein Streit, den die beiden sogenannten Oberwächter der Wulken-Grube Anton Zendrellk und Alfons Mierobisch auf der Straße mit Zivilpersonen gehabt haben. Das Schußüberfallkommando war von dem Vorfall verständigt und rückte nach der Heintzstraße ab. Es fand in der Nähe des Hausgrundstückes 50 den Erschossenen. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des Viktorienkrankenhauses geschafft. 15 Minuten nach der Tat konnte der Täter schon festgenommen werden. Er gestand die Tat in vollem Umfange ein. Nach den bisherigen Vernehmungen der Zeugen soll es sich bei dieser Tat um ein Eifersuchtsdrama handeln. Vor der Tat sollen die beiden „Oberwächter“ in Gesellschaft der Frau Anselm Herich aus Jahore gewesen sein, die den Stein des Anstoßes gegeben haben soll. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Der Urheber der Mordtat, Zendrellk, ist neben dem ebenfalls in die Geschichte verwickelten Mierobisch Mitglied jener verbotenen Selbstschutzzorganisation, die als „Wächter“ maskiert auf den Gruben ihr Unwesen treiben dürfen und denen eine willfähige Polizeibehörde im Grunde das Recht zum Waffentragen gibt. Mierobisch befand sich bereits längere Zeit in Haft wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik. Wir haben schon wiederholt die Frage an die Polizeibehörde gerichtet, ob sie denn nichts Besseres weiß, als jedem zwielichtigen But-

schändlichsten haben sich bei diesem Streit die christlich organisierten Straßenbahner benommen. Sie verlangen, daß die Verwaltung der Städtischen Straßenbahn ohne Betriebsvertretung, also über die Köpfe der Betriebsräte hinweg, die Entscheidung treffen solle. Verschiedlich wurde diesen vom Geist der Solidarität weit entfernten Kollegen erklärt, daß sie sich mit diesem unsolidarischen Verhalten selbst das Messer an die Kehle setzen. Bei der dauernden Geldentwertung und dem Rückgang der Straßenbahneinnahmen sind ja die Verhältnisse gar nicht abzusehen. Das, was den jüngeren Angestellten heute geschieht, kann den älteren Angestellten morgen passieren.

Von den jüngeren Kollegen wurde ferner darauf hingewiesen, daß die Arbeiter vor allen Dingen darauf bringen müssen, daß die Bürokratie in der Straßenbahnverwaltung beseitigt und der Betrieb rentabel gestaltet wird. Auch die planlose Erhöhung der Fahrpreise trägt zu dem Rückgang der Straßenbahn, zur Verringering der Rentabilität und zur Verschlechterung der Lebenslage des Personals bei. Es wurde ferner gefordert, daß auf allen Stationen der 6- bzw. 12-Minutenverkehr eingeführt wird. Ferner wurde verlangt, daß die sozialdemokratische Stadtbewohnerschaft sich mehr als bisher für die Rentabilität der Straßenbahn einsetzen soll.

Natürlich schmünzeln die Feinde der Städtischen Straßenbahner und ihrer Organisation über die Zersplitterung der Arbeiter, und die Verwaltung reißt sich die Hände. Einer uneinigen Arbeiterschaft hofft sie die Bedingungen diktieren zu können.

Darum, Straßenbahner, laßt Euch nicht gegeneinander hehen!

Wahrt Solidarität!

Kämpft gemeinsam für höhere Löhne. Kämpft für Auszahlung des vollen Zagelohnes!

Das sozialdemokratische „Volkswacht“ richtet diese Frage an den ebenfalls sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Bedl: Die Fragen an Bedl werden nichts nützen. Herr Sebering soll seinen Erlaß, der einen Dolchstoß in den Rücken der Abwehrfront des Proletariats bedeutet, aufheben und die ober-schlesischen Proleten, die ja keine schlechte Handschrift schreiben, werden mit den Orgeschleuten selbst fertig werden.

Ist das „Volkswacht“ bereit die Arbeiter in ihrem Kampf um das Recht zur Abwehr gegenüber den Fasziisten zu unterstützen oder verlangt es, wie der Sozialdemokrat Sebering, daß sich die Proleten von den Hatentrechtlern widerstandslos abschließen lassen sollen?

### Wieder einmal sind die Agrarkapitalisten ruiniert!

Das von den Sozialdemokraten und Demokraten im August 1919 geschaffene Reichs-Siedlungs-gesetz erfreut sich der besonderen Anerkennung der großagraren Landbändler. Es ist „vernünftig“ deshalb, weil den von Großgrundbesitzern zusammengekauften Landlieferungsverbänden die Entscheidung überlassen ist, wo, wie und ob gesiedelt werden soll. Ein Verstoß dagegen wird regelmäßig von den Landbändlern als eine Untergrabung der „Ernting der Landwirtschaft“ betrachtet. Dies geschieht auch, wenn der Reichstag einmal aus nationalistischen Motiven anders beschließt, wie z. B. bei dem kürzlich angenommenen Flüchtlings-Siedlungs-gesetz.

Nach diesem Gesetz soll für die reaktionären Domänenpächter, sowie für Oubschante und sonstige meist nationalistische Flüchtlinge aus den an Polen abgetretenen Provinzen Westpreußen und Polen eine Fläche von 40 000 Hektar in ganzen Gütern und möglichst mit forstlicher Nutzfläche im Jahr 1923 zur Verfügung gestellt werden. Dieses meist für Großlandwirte zur Verfügung gestellte Land wird von der Fläche abgezogen, die nach dem Reichs-Siedlungs-gesetz dem Kleinstädler zur Verfügung gestellt werden mußte.

Da den Großgrundbesitzern der Nationalismus nicht bis in, sondern nur bis an den Geldbeutel reicht, sind sie höchst empört darüber, daß zur Beschaffung dieses Landes nicht die Landlieferungsverbände allein ausschlaggebend sind, sondern eine besondere Kommission die Entscheidung, die natürlich mit Entschädigung erfolgt, durchführen soll. Die Sabotage der Landlieferungsverbände wird also in dem Gesetz, da es sich meist um Großkrieber handelt, ausgeschaltet. Darin Empörung beim großagraren Landbund. Der Vorsitzende des Reichslandbundes, Freiherr von Rüdiger, schreibt im „Schlesischen Landbund“ Nr. 21:

Mit der Annahme dieses Antrages ist die Art an die Wurzel des landwirtschaftlichen Standes gelegt. Eine zufällig zusammengesezte Kommission entscheidet in einziger und letzter Instanz über Erntingfragen. Welche Wirkungen das Gesetz nach sich ziehen wird, das wird in kürzester Frist sichtbar werden. Es stellt alles auf den Kopf und untergräbt das Letzte, was noch gelassen ist.

Die Kleinbauern und die übrigen kleinen landwirtschaftlichen Siedlungsanwärter sind durch die Annahme des Flüchtlings-Siedlungs-gesetzes gezwungen, noch energischer als bisher den Kampf um Siedlungsland zu führen. Das Reichs-Siedlungs-gesetz mit seinen großagraren Landlieferungsverbänden ist ein Feindstück für die Kleinstädler, was durch die Einsetzung einer besonderen Kommittee in

diesem Flüchtlings-Siedlungs-gesetz auch vom Reichstag befallt wird.

Die Ausführungen des schlesischen Landbundes zeigen, sind die Landbändler gewillt, mit allen Mitteln die Siedlungs-gesetzungen der arbeitenden Dorfbewohner zu verhindern, und sie werden nicht davon zurück-schrecken, durch die auf ihren Gütern untergebrachten Fluchthäute und sonstigen Ge-schäfte ihren Worten Nachdruck zu verleihen, um die Siedlung zu verhindern. Deshalb ist notwendig, fester Zusammenstich der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande zum Kampf für die zur Durchführung notwendigen Maßnahmen für Siedlungs-kommissionen, mit der Macht der Beschlagnahme von Siedlungs-land, die gebildet sind aus Vertretern der Arbeiterpartei und der Arbeitergewerkschaften und der Kleinbauern- und Kleinstädler-organisationen, gegen die Landlieferungs-verbände gegen den Landbund, und gegen die fasziistischen Kollern.

Waldburg. Massendemonstrationen der Mieter gegen die neuen unverschämten Forderungen der Hausbesitzer fanden in Waldburg und Gottesberg statt. In Gottesberg nahmen an der Demonstration 6000, in Waldburg über 10 000 Arbeiter teil. Nach den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Reden von Alfred Heer und Wilhelm König wurden folgende Entschlüsse gefasst: Nach dem mit stürmischem Beifall angenommenen Beschlusse der Siedlungs-kommissionen, mit der Macht der Beschlagnahme von Siedlungs-land, die gebildet sind aus Vertretern der Arbeiterpartei und der Arbeitergewerkschaften und der Kleinbauern- und Kleinstädler-organisationen, gegen die Landlieferungs-verbände gegen den Landbund, und gegen die fasziistischen Kollern.

Die am 3. Juni 1923 auf dem Ring in Waldburg versammelten Mieter von Waldburg und Umgegend erleben schärfsten Protest gegen die von den Regierungsbehörden in letzter Zeit festgesetzten unerbarmlich hohen Mietzuschläge.

Wir fordern erneut: daß nach wie vor alle die Beträge von der Friedensrente abgezogen werden, die für Lebensleistungen früher darin enthalten waren; daß die Verteilung der Betriebskosten auch weiterhin auf die Höhe der Grundmieten erfolgt und zu diesem Zweck besonders auch die Mieter der Besizer ihrem Wohnraum und Nutzungsraum entsprechend eingelagt werden; daß die Zuschläge für laufende Instandsetzungen nicht einfach in Prozenten gewakt in die Höhe gesetzt werden, ohne der Mieter-schaft die Garantie zu geben, daß die Zuschläge überhaupt und an richtiger Stelle verwendet werden;

daß die laufenden Instandsetzungen viel mehr im vorherigen Einverständnis mit den organisierten Mietervertretung nach dem Grade ihrer Notwendigkeit festgelegt und ausgeführt werden, wobei die Mieter-schaft bereit ist, ohne Festhalten an starren Prozentzahlen für die Umlegung dieser Unkosten auszukommen. Die systematische Erhöhung der Prozentzahl er-müht nur das Wachstum im Hausbesitz; die Überleitung der Finanzwirtschaft im Wohnungs- und Mietwesen in die Gemein-wirtschaft und zu diesem Zweck die baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes, auf Grund des bekannten Entwurfes von maßgebender Seite.

Wir protestieren gegen eine willkürliche un-gerechtfertigte Erhöhung der Verwaltungs-kosten, die nur den Zweck haben kann, den persönlichen Gewinn des Hausbesizers in un-verhältnismäßiger Höhe für die Zukunft vor-zubereiten und sicherzustellen. Es muß Rück-sicht genommen werden auf die von den Mie-tern in weitestem Maße geforderte und ge-tätigte Mithilfe an der Hausverwaltung. Die Aufbringung der Kosten für berufliche Haus-verwaltung lehnen wir ab;

gegen die ohne Prüfung der örtlichen Ver-hältnisse und der materiellen Tragfähigkeit der Mieter-schaft und die ohne Anbörung der Mieterorganisation willkürliche festgesetzten Zu-schläge zum grünen Tisch aus die nur bezwecken sollen, im Verein mit dem aKapital freie Wohnungswirtschaft vorzubereiten.

Wir warnen Regierung und Behörden vor diesem Experiment, das die Mieter-schaft mit allen Mitteln bekämpfen wird.

Bezüglich der Wohnungsbaubauabgabe wurde folgende Entschlüsse angenommen: Die Mieter-schaft erhebt mit aller Entschieden-heit Protest gegen die jetzt wiederum be-schlossene einseitige und unsoziale Aufbringung der Mittel zum Neubau von Wohnungen. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Wohnungsnot durch Neubau nur im Sinne einer Gemeinwirtschaft gelöst werden kann, sind aber der Überzeugung, daß Regierung und Parlament mit Bedacht nur eine einseitige ungeheure Belastung der Woh-nungsämter erstrebt, die trotzdem nie genügen wird, der Wohnungsnot Einhalt zu tun, um dem Verlangen des wucherischen Privatkapitals noch für Wohnungswirtschaft indirekt in die Hände zu arbeiten. Wir warnen die kom-petenten Stellen vor den Folgen dieses un-bedenkten Schrittes und fordern mit Eindring-lichkeit:

Erweiterung der Wohnungsbaubauabgabe auf alle Lohn- und Gehaltsempfänger, gestaffelt nach dem Einkommen und Vermögen des Ein-gelnen.

Veranziehung der Industrie und Landwirt-schaft zur Wohnungsbaubauabgabe mit einer Kopfsteuer resp. Abgabe vom landwirtschaft-lichen Ertrage, mindestens aber mit denselben Mitteln, die im Industrie-Neubau angelegt werden.

Keine Verzettelung der eingehenden Be-träge in Gemeinden, Kreisen, Ländern und Reich, sondern Verwendung innerhalb der Kreise mit dem Recht des Landes auf Aus-gleich je nach Bedürftigkeit unter Berücksich-tigung der Industriefrage.

Waldburg. Ortsaus-schuss des A D G B Waldburg. Am Sonnabend, den 9. Juni 1923, nachmittags 6 Uhr, findet im Saale der Stadt-Brauerei Waldburg eine Kartellvorversammlung statt. Tagesordnung: 1. Wie fördern wir die weltliche Schule? (Ref.: Gen. Beizer Käber); 2. Warum müssen wir die freie Volkshilfe unterstützen? (Ref.: Koll. Wilmann); 3. Der Zweck der Konsum-Gesellschaften. (Ref.: J. E. Diele, Neu-Salzbrenn); 4. Verschiedenes. Die Mitglieder des Kartellverbandes werden ersucht, bereits um 4 Uhr in demselben Lokal zu einer Vor-versammlung zu erscheinen.



